

Bezugspreis:

Durch Zahlung monatlich RM. 1,40
Anschliesslich 20 Hefen. In Heften
nach der Zeit RM. 1,70 (einschliesslich
24 Hefen. Postgebühren).
Preis der Einzelnummer 10 Hefen.
In Fällen höherer Bezugspreise
siehe Preisliste auf Verlangen der
Verlags- oder auf Anforderung des
Bezugspreises. — Verlagsort: Neu-
enbürg. — Verlagsnummer (W. 404)
Verlagsdruck: W. 404

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Otto
Wagner, Neu-
enbürg a. O. (Württemberg).

Der Enztäler

Bezugspreis:

Die beifolgende Belegnummer 1
RM. 1,40 (einschliesslich 20 Hefen).
Anschliesslich 20 Hefen. In Heften
nach der Zeit RM. 1,70 (einschliesslich
24 Hefen. Postgebühren).
Preis der Einzelnummer 10 Hefen.
In Fällen höherer Bezugspreise
siehe Preisliste auf Verlangen der
Verlags- oder auf Anforderung des
Bezugspreises. — Verlagsort: Neu-
enbürg. — Verlagsnummer (W. 404)
Verlagsdruck: W. 404

Verlag: Der Enztäler, G. m. b. H.
Druck: E. Meißner, Buchdruckerei,
Neuenbürg a. O. (Württemberg).

Parteiamtliche
nationalsoz. Tageszeitung

Wildbader NS-Presse
Birkenfelder, Calmbacher und
Herrnhalber Tagblatt

Amtsblatt für
das Oberamt Neuenbürg

Ar. 22 - 92. Jahrgang

Samstag den 27. Eismonat (Januar) 1934

DA. 12. 33: 4100

Wille und Weg zum Frieden

Ein Abkommen zwischen Deutschland und Polen für zehn Jahre — Verständigung
von Staat zu Staat

Berlin, 26. Jan. Wie durch amtliche Meldung vom
13. November vorigen Jahres in Berlin und Warschau be-
kannntgegeben wurde, ist damals bei einer Aussprache zwischen
dem Herrn Reichskanzler und dem polnischen Gesandten in
Berlin die übereinstimmende Absicht der Reichsregierung und
der polnischen Regierung festgestellt worden, die ihre beiden
länder berührenden Fragen auf dem Wege unmittelbarer Ver-
handlungen in Angriff zu nehmen und ferner zur Festigung
des Friedens in Europa in ihrem Verhältnis zueinander auf
jede Anwendung von Gewalt zu verzichten. Im Anschluß
daran haben Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und
der polnischen Regierung stattgefunden, mit dem Ziele, im
Sinne des Ergebnisses jener Aussprache eine bindende schrift-
liche Vereinbarung über die künftige Gestaltung der beider-
seitigen Beziehungen zu treffen. Diese Verhandlungen sind
nunmehr zum Abschluß gelangt.

Der Reichsaussenminister und der polnische Gesandte
haben heute vormittag im Auswärtigen Amt eine Erklä-
rung unterzeichnet, derzufolge zwischen Deutschland und
Polen zur Festigung des Friedens in Europa und im
Sinne des Kellogg-Paktes ein zehnjähriges Verständigungs-
Abkommen geschlossen wird. Danach verpflichten sich beide
Staaten, alle Fragen, welche auch immer zwischen ihnen
auftreten können, in unmittelbarer Verständigung zu
regeln.

Der Wortlaut

Der Reichsaussenminister und der polnische
Gesandte haben heute vormittag im Auswärtigen Amt eine
Erklärung unterzeichnet, die folgenden Wortlaut hat:

Die deutsche Regierung und die polnische Regierung
halten den Zeitpunkt für gekommen, um durch eine unmittel-
bare Verständigung von Staat zu Staat eine neue Phase in
den politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen
einzuleiten. Sie haben sich deshalb entschlossen, durch die
gegenseitige Erklärung die Grundlage für die künftige Ge-
staltung dieser Beziehungen festzulegen.

Beide Regierungen gehen von der Tatsache aus, daß die
Aufrechterhaltung und Sicherung eines dauernden Friedens
zwischen ihren Ländern eine wesentliche Voraussetzung für
den Frieden in Europa ist. Sie sind deshalb entschlossen, ihre
gegenseitigen Beziehungen auf die im Pakt von Paris vom
27. August 1928 enthaltenen Grundsätze zu stützen und wollen,
insofern das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen in
Betracht kommt, die Anwendung dieser Grundsätze genauer
bestimmen.

Dabei stellt jede der beiden Regierungen fest, daß die von
ihr bisher schon nach anderer Seite hin übernommenen inter-
nationalen Verpflichtungen die friedliche Entwicklung ihrer
gegenseitigen Beziehungen nicht hindern, der jetzigen Erklä-
rung nicht widersprechen und durch diese Erklärung nicht
berührt werden. Sie stellen ferner fest, daß diese Erklärung
sich nicht auf solche Fragen erstreckt, die nach internationalem
Recht ausschließlich als innere Angelegenheiten eines der beiden
Staaten anzusehen sind.

Beide Regierungen erklären ihre Absicht, sich in den ihre
gegenseitigen Beziehungen betreffenden Fragen, welcher Art
sie auch sein mögen, unmittelbar zu verständigen. Sollten etwa
Streitfragen zwischen ihnen entstehen und sollte sich deren
Bereinigung durch unmittelbare Verhandlungen nicht erreichen
lassen, so werden sie in jedem besonderen Falle auf Grund
gegenseitiger Einvernehmens eine Lösung durch andere fried-
liche Mittel suchen, unbeschadet der Möglichkeit, nötigenfalls
diejenigen Verfahrensarten zur Anwendung zu bringen, die
in den zwischen ihnen in Kraft befindlichen anderweitigen
Abkommen für solchen Fall vorgesehen sind. Unter keinen
Umständen werden sie jedoch zum Zweck der Ausübung
solcher Streitfragen zur Anwendung von Gewalt schreiten.

Die durch diese Grundsätze geschaffene Friedensgarantie
wird den beiden Regierungen die große Aufgabe erleichtern,
für Probleme politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art
Lösungen zu finden, die auf einem gerechten und billigen
Ausgleich der beiderseitigen Interessen beruhen.

Beide Regierungen sind der Ueberzeugung, daß sich auf
diese Weise die Beziehungen zwischen ihren Ländern fruchtbar
entwickeln und zur Begründung eines gutnachbarlichen Ver-
hältnisses führen werden, das nicht nur ihren beiden Ländern,
sondern auch den übrigen Völkern Europas zum Segen ge-
reicht.

Die gegenseitige Erklärung soll ratifiziert und die Rati-
fikationsurkunden so bald als möglich in Warschau aus-
getauscht werden. Die Erklärung gilt für einen Zeitraum von
10 Jahren, gerechnet vom Tage des Austausches der Rati-
fikationsurkunden an. Falls sie nicht von einer der beiden Re-
gierungen sechs Monate vor Ablauf dieses Zeitraumes ge-
kündigt wird, bleibt sie auch weiterhin in Kraft, kann jedoch
alsdann von jeder Regierung jederzeit mit einer Frist von sechs
Monaten gekündigt werden.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und pol-
nischer Sprache.

Berlin, den 26. Januar 1934.

Für die deutsche Regierung:
Friedrich von Neurath

Für die polnische Regierung:
Józef Lipski

Die Partei führt den Staat

Berlin, 26. Jan. Der Stabsleiter der politischen Organi-
sation und Führer der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley sprach
Donnerstag abend im Plenarsitzungsraum des Landtages vor
den verantwortlichen politischen Leitern des Gau-NSDAP
Berlin. Er erinnerte u. a. an das Wort des Führers, daß es
gelingen müsse, im Volke den Typ des politischen Offiziers zu
schaffen. Denn wie der Unteroffizier das Gerippe der alten
Armee gebildet habe, so sei der politische Leiter heute das
Rückgrat der politischen Armee. „Wir dürfen in unserem Volk
überhaupt keinen Unterschied zwischen Soldaten und Poli-
tikern aufkommen lassen“, so erklärte Dr. Ley. „Aus diesem
Grunde habe er auch die Uniform des politischen Leiters ge-
schaffen“. Denn schaffen wir nicht den Typ des politischen
Leiters, die nach uns kommen, schaffen sie nichts mehr! Man
hätte ja auch die politische Leitung des Staates den Beamten
übertragen können.

Der Bürokrat ist kein Politiker. „Wir politischen Leiter
können alle Beamte werden, aber nicht alle Beamten
können politische Leiter werden. Denn verwaltend und ge-
halten ist ein grundsätzlicher Unterschied.“

Soldat ohne politisches Denken oder nur Beamter sein, er-
ziet den klobigsten Geist und die letzte Verantwortung.
Von ihnen meine politischen Leiter, muß ich verlangen, daß
sie handeln auch ohne Befehl und auf eigene Verantwortung.“
Auch zwischen Wirtschaftler und Politiker bestehe so wenig
innerliche Verbindung, wie zwischen Wirtschaft und Kunst.
Dagegen läge Politik und Kunst auf einer Ebene.“ Der
Politiker ist der höchste Künstler, denn er formt das Leben des
Volkes.

Die Partei hat den Instinkt des Volkes wieder geweckt.
Sorgen wir dafür, daß er nicht wieder verloren geht.
Konferenzen können wir einmal fahren lassen, den Zu-
sammenhang mit dem Volke aber dürfen wir keinesfalls
verlieren. Bedenken Sie: Klubtreffen, Büros und Dampf-
heizungen erlösen den Instinkt.

Die Aufgabe, die hier gestellt sei, könne nicht der Staat
übernehmen. Wenn gesagt werde, Staat und Partei seien
eins, so sei das falsch. Nicht der Staat habe die Partei ge-
schaffen, sondern die Partei habe aus dem Jammergebilde von
Weimar den nationalsozialistischen Staat geschaffen, den sie in
ihrem Sinne nach weiter umgestalten werden. „Nicht Staat
und Partei sind eins, sondern Partei und Staat.“ Was uns
nun noch zu tun übrig bleibe, sei die Organisation des Volkes.
Das könne nicht der Staat bewirken, sondern die Partei und
die Partei sei kein Orden, der sich vom Volke abschleife. Auch
die politischen Leiter der von der Partei geschaffenen Organi-
sationen der Berufsstände seien nicht Interessensvertreter der

Berufsstände, sondern Träger des nationalsozialistischen Ge-
dankens der Volksgemeinschaft.

Dr. Ley gab dann bekannt, daß er durch die Verfügung des
gewaltigen Führers „Kraft durch Freude“ sowie alle Or-
ganisationen, die aus den gleichgeschalteten Verbänden entstan-
den sind, wie Arbeitsfront, Reichsbund für Beamte usw., den
politischen Gauleitern unterstellt habe, jedoch jetzt die Gau-,
Kreis- und Ortsgruppenleiter die volle Verantwortung für
dieses gewaltige Werk tragen.

Beamtenhub in Oesterreich

Wien, 26. Jan. In Regierungskreisen besteht der Plan,
dem Personalminister der Bundesregierung außerordentliche
Vollmachten zu erteilen, damit er eine vollständige Säuberung
des gesamten Beamtenstandes von allen staatsfeindlichen Ele-
menten vornehmen kann. Weiter soll der Plan eines ver-
stärkten Vorgehens gegen diejenigen Richter bestehen, die durch
ihre Verhalten in politischen Prozessen eine ablehnende Hal-
tung gegenüber den Absichten der Regierung gezeigt haben,
insbesondere gegen diejenigen Richter, die in Prozessen gegen
Nationalsozialisten freisprechende Urteile gefällt haben. — Diese
Pläne sollen aber innerhalb der Regierung auf Widerstand der
der National-Ständischen Front angehörenden Kabinettsmit-
glieder gestossen sein, so daß bereits allgemein von einem Aus-
scheiden dieser Kabinettsmitglieder und von einer bevorstehen-
den Umbildung der Regierung gesprochen wird.

Höchste Gefahr für Chaumonts

Paris, 26. Jan. Der französische Justizminister und Stell-
vertretende Ministerpräsident Maginot hat Ministerpräsident
Chaumonts seinen Rücktritt erklärt. — Eine Abordnung der
sozialistischen Kammerfraktion war bei Chaumonts vorstellig
geworden, um von ihm den Rücktritt Maginots zu fordern.
Chaumonts soll der Abordnung erklärt haben, daß er noch im
Laufe des Abends dem Präsidenten der Republik den Gesamt-
rücktritt der Regierung anbieten werde.

Die Regierungskrise, die man nach den Erklärungen des
Ministerpräsidenten und nach der Bekanntgabe des Rücktritts-
gesuches des Justizministers Maginot für Freitag abend er-
wartete, scheint sich hinzuziehen. Der Unterstaatssekretär im
Innenministerium hat nach der Unterredung, die Chaumonts
mit Maginot hatte, sogar in Abrede gestellt, daß der Justiz-
minister zurückgetreten sei. Jedenfalls wurde der Rücktritt
Maginots vorläufig nicht angenommen, woraus man den
Schluß ziehen muß, daß der Präsident der Republik alles tun
will, einen Gesamtrücktritt der Regierung zu verhindern.

Das Wesen des neuen Staates

Berlin, 26. Jan. Reichsminister Dr. Gäßels hat dem zur
Zeit nach Berlin entsandenen Berichterstatter des „Krautauer
„Illustrierten Kuriers“, Klemens Ritter von Dumin-Replitz,
ein Interview erteilt, das folgenden Wortlaut hat.

Frage: Die parlamentarische Demokratie und der Natio-
nalsocialismus sind eng miteinander verbunden. Ist doch die parla-
mentarische Demokratie nur die politische Ausdrucksform einer
wirtschaftlich-politisch-sozialen Verfassung. Falls man nun die
parlamentarische Demokratie abschafft, fallen die Grundlagen
für eine liberal-kapitalistische Wirtschaftsordnung fort.

Welches sind die Konsequenzen der nationalen Revolution
in Deutschland in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht?

Antwort: Der Nationalsozialismus hat eine völlig
neue Wirtschaftsform geschaffen, auf die sich die bisherigen
Maßstäbe — kapitalistisch und liberalistisch — oder ihr
Gegenteil —, mit denen man andere Wirtschaftsstrukturen zu
messen gewohnt ist, nicht anwenden lassen. Die nationalsozia-
listische Wirtschaftsform wird durch zweierlei gekennzeichnet:
Durch das Führerprinzip, das gewissermaßen die organisa-
torische Seite regelt und durch den Grundgedanke: Gemeinnutz geht
vor Eigennutz, der das ideale Leitmotiv enthält. Aber auch
das Führerprinzip ist ideell verankert insofern nämlich, als eine
Verantwortung der einzelnen Führer gegenüber ihren vorge-
setzten Stellen und schließlich des obersten Führers gegenüber
dem deutschen Volke und vor der Geschichte besteht.

Frage: Mussolini sagte einmal: „Der Faschismus ist
kein Exportartikel“. Trifft das auch für den Nationalsozialis-
mus (natürlich wenn man den deutschen Charakter abstreifen
könnte) zu — oder besser gesagt — ist der Nationalsozialis-
mus eine deutsche Staatsform oder eine Weltanschauung?

Antwort: Der Nationalsozialismus ist eine aus der
Eigenart deutscher geistiger und seelischer Veranlagung ge-
borene Lebensauffassung, die trotz denkbar größter äußerer
Widerstände auch für die deutsche Staatsform bestimmend
geworden ist. Das Wort Mussolinis „Der Faschismus ist kein
Exportartikel“ läßt sich sinngemäß auch auf den National-
sozialismus anwenden, da jeder Export eine Initiative des
Exporteurs voraussetzt — der Nationalsozialismus jedoch eine
solche Initiative ausdrücklich ablehnt. Es liegt aber auf einer
anderen Ebene, wenn eine Lebensauffassung, die in einem
Siegeszuge ohnehin das ganze deutsche Volk erobert hat,
die schöpferische Kraft besitzt, auch außerhalb ihres Geburts-
landes originär wirksam und richtunggebend zu werden.

Frage: Betrachten Sie den Komplex „Oesterreich“ als
eine außen- oder parteipolitische Erscheinung?

Antwort: Der Nationalsozialismus in Oesterreich
durchlebt seine Geburtswehen, d. h. er befindet sich in einer
Periode der Auseinandersetzung mit Widerständen, die auch
das deutsche Volk hat überwinden müssen, damit der national-
sozialistische Gedanke zur Entfaltung kam. Darüber, daß allein
dieser Gedanke auch dem österreichischen Volksempfinden ent-
spricht, kann angesichts der Gemeinsamkeit der Abstammung
und auch der geistigen und seelischen Einstellung des deutschen
und des österreichischen Volkes kein Zweifel bestehen. Es ist
deshalb ein Irrtum, zum Teil aber auch böswilliges Mißver-
stehen, wenn die begreifliche Teilnahme, mit der das deutsche
Volk die Symptome eines Entwicklungsganges verfolgt, den es
selbst bereits durchschritten hat, als eine bewußte und gewollte
Einwirkung auf diesen Entwicklungsgeist hingewirkt wird. De-
wir uns über den Ausgang dieses Prozesses keine Sorgen zu
machen brauchen, wäre eine solche Einwirkung nicht nur über-
flüssig, sondern sie läge auch nicht im Interesse des österrei-
chischen Volkes. Es ist eine besondere Eigenart des National-
sozialismus, daß er seine Kraft an den ihm entgegengesetzten
Widerständen steigert, um diese schließlich endgültig zu über-
winden.

Frage: Was halten Sie von der Verständigung zwischen
Polen und Deutschland?

Antwort: Eine Verständigung zwischen Deutschland
und Polen ist der Wunsch des Reichskanzlers Adolf Hitler, den
er nicht nur in seinen Reden, sondern auch bei Ausdrücken
mit dem hiesigen polnischen Gesandten besonderen Ausdruck
verleihen hat. Die auf dieser Grundlage eingeleiteten diplo-
matischen Besprechungen haben die Aufgabe, die Ursache diplo-
matischer Mißverständnisse zu beseitigen und mit einer Atmo-
sphäre des Vertrauens auch die Basis eines guten nachbarlichen
Verhältnisses zu schaffen. Ein gemeinsamer Wille zur Er-
reichung dieses Zieles muß trotz der Komplexität der Pro-
bleme, die die Interessen beider Völker berühren, zu einem
guten Ergebnis führen.

Frage: In verschiedenen Staaten herrscht in der brei-
ten Volksschicht der Glaube an einen Krieg. Glauben Sie an
eine Kriegsgefahr?

Antwort: Es ist eine tiefbedauerliche Erscheinung, daß
die Entscheidung der Schicksalsfrage eines Volkes, der Frage
über Krieg und Frieden, in den meisten Ländern in der Hand
von bestimmten Schichten oder Persönlichkeiten ruht, die den
Krieg aus eigener Erfahrung überhaupt nicht oder nur teil-
weise kennen. Aus dieser Tatsache ergibt sich, daß die Ver-
schiebung eines Krieges nicht nur mit einer Leichtigkeit erzwungen
wird, wie sie nur die anbringen können, die ihn praktisch nicht
durchgemacht haben, sondern daß dieser Verschiebung in unver-
antwortlicher Weise auch in der Weltmeinung ein so breiter
Spielraum eingeräumt worden ist. Der Gedanke des Reichs-
kanzlers, daß in allen Ländern, vor allem den ehemaligen
Kriegsteilnehmern ein vorzugsweises Mitspracherecht an der
Entscheidung über Krieg und Frieden einzuräumen ist,
verwirklicht werden würde, so würde hierin die sicherste Gar-
antie gegen jeden Krieg zu erblicken sein. Ich sehe dann
keinerlei Gefahr mehr, daß ein Krieg aus neue Europa er-
schütterte.

Zeitwort der Woche:

Geist und Volk — das ist Körper und Seele
eines höheren Wesens, dessen ewige unwandeltbare Art alle
deutschen Geschlechter nach seinem Bild geformt hat.



